

Die neue Volkspartei

Neubau

KLUB DER ÖVP BEZIRKSFRÄTINNEN UND BEZIRKSFRÄTE NEUBAU

Die unterzeichnenden Bezirksfrätinnen und Bezirksfräte der ÖVP-Neubau stellen gemäß § 104 WStv. zur Bezirksvertretungssitzung am **11. 12. 2025** folgende

Anfrage

Betreffend: Erfahrungen nach Errichtung Roter Boxen in Neubau

Der Bezirksvorsteher wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten.

1. Wo wurde das Projekt Rote Boxen umgesetzt und gibt es Pläne weitere Annahmestellen zu schaffen?
2. Welche Erfahrungswerte konnten mit Roten Boxen in Neubau hinsichtlich Nutzungsfrequenz, Kosten und Nachfrage gesammelt werden?
3. Liegen Pläne oder Maßnahmen gegen Periodenarmut und für einen leichteren Zugang zu Menstruationsartikeln für armutsgefährdete Menschen im Bezirk vor?

Begründung:

Nach dem bei der Bezirksvertretungssitzung gestellten Antrag der Fraktion der Grünen, Neos und Links im März 2023 stellen sich Fragen hinsichtlich Nutzung und Kosten.



Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 11. Dez. 2025 lt. § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen an den Herrn Bezirksvorsteher folgende

Anfrage

Betreffend: Wirtschaftliche Belastung durch geplanten Umbau des Burggassenanger

Wie schätzt der Bezirksvorsteher nachfolgende Fragen ein:

1. Seit wann wird an dem Bauvorhaben Burggassenanger geplant?
2. Seit wann sind die Kosten zum Bauvorhaben Burggassenanger bekannt?
3. Wann wäre die Umsetzung des Bauvorhabens geplant?
4. Wie viele Parkplätze gehen auf Grund des Umbaus verloren? Bitte um genaue Anzahl.

Begründung

Die geschätzten Baukosten des genannten Bauvorhabens bringen die Bezirksfinanzen sowie die verfügbaren Ressourcen in eine schwierige Lage. Herr Bezirksvorsteher Reiter veranschlagte die Kosten auf rund 1.000.000 €. Angesichts der derzeit wirtschaftlich angespannten Situation sollte dieser Betrag jedoch deutlich kostensparender und effizienter eingesetzt werden. Es erscheint daher notwendig, alternative Lösungen zu prüfen, die sowohl den finanziellen Rahmen wahren als auch den langfristigen Bedürfnissen des Bezirks entsprechen.

gez. KO Rösch



Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 11. Dez. 2025 lt. § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen an den Herrn Bezirksvorsteher folgende

Anfrage

Betreffend: Büro des Bezirksvorstehers

Wie schätzt der Bezirksvorsteher nachfolgende Fragen ein:

1. Gibt es ein Organigramm mit Zuständigkeiten des Büros des Bezirksvorstehers?
Wenn ja, wo ist dieses auffindbar?
2. Wie viele Mitarbeiter (und Mitarbeiterinnen) arbeiten im Büro des Bezirksvorstehers?
3. Wie hoch sind die monatlichen Personalkosten des Büros des Bezirksvorstehers?

Begründung

Zur Nachvollziehbarkeit der Struktur des Büros ist die Beantwortung der oben genannten Fragen erforderlich. Die genannten Fragen stellen eine wesentliche Grundlage dar, um die Bürostruktur angemessen beurteilen zu können. Daher ist es notwendig, dass diese Fragen vollständig beantwortet werden.



Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 11. Dez. 2025 lt. § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen an den Herrn Bezirksvorsteher folgende

Anfrage

Betreffend: Integrationshilfen und Sicherheitsvorkehrungen für Wien Neubau

Wie schätzt der Bezirksvorsteher nachfolgende Fragen ein.

1. Wie sieht der Herr Bezirksvorsteher die Situation der Integration von zugezogenen Menschen und von Asylwerbern in Hinsicht des Integrationsberichtes 2025?
2. Was sagen die Sicherheitsberichte der Polizei in Bezug auf Neubau? Gibt es einen Handlungsbedarf?
3. Wie sieht die Situation in den Kindergärten und in den Schulen aus?
4. Gibt es im öffentlichen Raum Handlungsbedarf?
5. Welche Maßnahmen hat der Herr Bezirksvorsteher zu diesen Themen geplant?
6. Wäre der Herr Bezirksvorsteher bereit, ehrenamtliches Lehrpersonals für Sprachkurse zu finden?

Begründung

Laut ÖIF sind 7 von 10 Österreichern der Meinung, dass das Land den Zuzug von Flüchtlingen und Asylsuchenden derzeit schlecht bewältigen kann. Zudem bewerten 70 Prozent der Befragten die Integration von Zuwanderern in Österreich kritisch – ein Wert, der sich im Zeitverlauf kaum verändert. Gleichzeitig befürwortet eine große Mehrheit klare und verbindliche Integrationsmaßnahmen: 88 Prozent sprechen sich dafür aus, dass Flüchtlinge innerhalb bestimmter Fristen Grundkenntnisse in Deutsch erwerben sollen. Ebenso hoch ist die Zustimmung zu Maßnahmen gegen Zwangs- und Kinderehen, gegen religiös motivierten Extremismus sowie zur Vermeidung von Sozialmissbrauch. Auch Regelungen wie Eheschließungen erst ab 18 Jahren (85 %) oder ein Kopftuchverbot an Schulen für Mädchen unter 14 Jahren (74 %) finden breite Zustimmung. Dass der Familiennachzug ausgesetzt wurde, wird von der Bevölkerung mehrheitlich positiv gesehen: 56 Prozent sprechen sich dafür aus, diesen möglichst lange auszusetzen. 24 Prozent plädieren dafür, das Nachholen von Familienmitgliedern nach Österreich nur so kurz wie unbedingt notwendig zu pausieren, 9 Prozent sprechen sich ganz gegen den Stopp des Familiennachzugs aus. (ÖIF Integrationsbarometer, 2025)



Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 11. Dez. 2025 lt. § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen an den Herrn Bezirksvorsteher folgende

Anfrage

Betreffend: Parkplätze in Neubau

Wie schätzt der Bezirksvorsteher nachfolgende Fragen ein:

1. Wie viele Parkplätze gibt es zum Stichtag 11. Dezember 2025 in Neubau?
2. Wie viele Parkplätze sind derzeit durch Baustelleneinrichtungen belegt?
3. Wie viele „Parkpickerl“ gibt es derzeit in Wien Neubau?
4. Wie ist das Verhältnis der vorhandenen Parkplätze zu den verkauften „Parkpickerl“ in Wien Neubau?
5. Wie groß ist das Potential (Anzahl der Stellplätze) für unterirdische Garagen in Neubau? Wo sind diese Örtlichkeiten?

Begründung

Aufgrund der vielen Umbauten im Bezirk gehen viele Parkplätze temporär oder dauerhaft verloren. Daher ist es wichtig genau hinzuschauen, dass alle Anwohner genügend Park- und Haltemöglichkeiten zur Verfügung gestellt bekommen.

gez. KO Rösch